

Antrag

des NEOS Landtagsklubs (Erstantragstellerin KO LA Birgit Obermüller)

betreffend: **Digitales Anmelde- und Abmeldetool für Tirols Ganztagschulen entwickeln**

Der Landtag wolle beschließen

"Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, den Ganztagschulen, welche einen bedarfsgerechten Mittagstisch und/oder eine Schulische Tagesbetreuung anbieten, ein Softwareprogramm zur Verfügung zu stellen, welches die Organisation hinsichtlich An- und Abmeldungen erleichtert, um Datensicherheit herzustellen und Mitarbeiter:innen-Ressourcen zu sparen."

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Die Abwicklung von Schüleranmeldungen, Schülerabmeldungen und kurzfristigen Änderungswünschen hinsichtlich Betreuungszeit, das Erfassen von Mittagessen (Normalkost, vegetarische Kost, vegane Kost), deren Anzahl an Verpflegungseinrichtungen weitergemeldet werden müssen usw. stellen für alle Ganztagschulen eine große Herausforderung dar und binden viele Mitarbeiter:innen-Ressourcen. Da man davon ausgehen kann, dass die Anmeldungen für den Bedarfsgerechten Mittagstisch und für die Schulische Tagesbetreuung sukzessive steigen werden, erscheint es mehr als sinnvoll, den Schulen ein Softwareprogramm zur Verfügung zu stellen, welches auf digitalen Geräten wie Computern, Smartphones oder Tablets verwendet werden kann, um die Organisation in Ganztagschulen zu erleichtern. Besonders für große Schulen ist es herausfordernd, kurzfristig auftretende Änderungen allen Lehrpersonen, Freizeitpädagog:innen, Schulassistent:innen und Verpflegungseinrichtungen rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen, um Datensicherheit herzustellen. Kurzfristige Änderungen bergen ebenso die Gefahr von Betreuungslücken, v. a. bei jungen Schüler:innen, welche Auswirkungen auf die Sicherheit der Kinder und auf die Aufsichtspflicht von Betreuungspersonen nach sich ziehen können. In weiterer Folge kann dieses digitale Tool für die Abrechnung der Betreuungskosten und der Anzahl der Mittagessen für die Gemeinden eine große Erleichterung bringen.

Innsbruck, am 7. März 2025